SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES

SVP lehnt undemokratisches Personenfreizügigkeits-Paket ab!
Von Nationalrätin Jasmin Hutter

Seite 5

Die Finanzkrise – Folgen und notwendige Massnahmen für die Schweiz.
Von a. Bundesrat Christoph Blocher

Seite 7

Ja zur Unverjährbarkeit pornographischer Straftaten an Kindern!
Von Nationalrat Oskar Freysinger!

Seite 9

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 57 263 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 11/2008

Lehre aus der Krise: Mehr Schweiz
Nationalrat Toni Brunner **S. 3**

SVP muss Gegensteuer geben
Nationalrat Felix Müri **S. 4**

Minister Steinbrück und die Peitsche – ein Trauerspiel
Marco Duller **S. 6**

Die Kunst, die Realität zu negieren und das gesetzte Ziel zu verpassen
Nationalrat Guy Parmelin **S. 10**

HarmoS fördert Parallelgesellschaft
Hermann Lei **S. 12**

HarmoS: Verstaatlichung der Erziehung und Entmündigung der Eltern
Andreas Bazzon und Roy Spahr **S. 13**

Die Integration geht nicht baden
Nationalrat Thomas Hurter **S. 14**

30 Jahre Wohlfahrtsstaat Schweden
Jacqueline Hofer **S. 15**

Reklame

Für Ihre Drucksachen

zt Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93
www.ztonline.ch

Personenfreizügigkeit: Paketlösung kommt vors Volk

Am 8. Februar 2009 stimmt das Schweizer Volk über die beiden verknüpften Vorlagen zur Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den bisherigen EU-Staaten und zur Ausdehnung dieses Abkommens auf die neuen Mitglieder Rumänien und Bulgarien ab. Nachdem die SVP auf ein Referendum verzichtet hatte, weil sie das undemokratische Vorgehen des Parlaments und des Bundesrates, welches auf zwei Fragen nur eine Antwort zulässt, nicht mittragen konnte.

Zum heutigen Zeitpunkt stellt sich nun aber eine andere Frage, die Volksabstimmung kommt zustande und die SVP muss entscheiden, wie sie sich an der Urne verhält. Gerade in der aktuellen Situation, mit dem weltweiten Druck auf die Finanzmärkte und einer sich abzeichnenden Rezession, ist die Öffnung unserer Grenzen für Abeitnehmer aus Rumänien und Bulgarien nicht im Interesse der Schweiz. Einerseits belastet die Einwanderung aus diesen Ländern unsere Sozialversicherungen massiv und andererseits kämen der Arbeitsmarkt sowie das Lohnniveau zusätzlich unter Druck.

Die Parteileitung der SVP Schweiz empfiehlt den zuständigen Gremien deshalb ein Nein zur verknüpften Vorlage. Den definitiven Entscheid über die Parole fällen die Delegierten am 29. November 2008 in Dietikon ZH.

Die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit lässt die Arbeitslosigkeit in der Schweiz steigen

Foto: © bilderbox – Fotolia.com

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Shop

..... Expl.	SVP-Fussball NEU	Fr.	25.–
..... Expl.	Cap «Swiss Look» NEU	Fr.	10.–
..... Expl.	SVP-Sitzungsmappe NEU	Fr.	49.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze klein	Fr.	50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze gross	Fr.	50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte SVP	Fr.	50.–
..... Expl.	SVP-Bonbons Blechdose	Fr.	5.–
..... Expl.	SVP-Feuerzeug	Fr.	5.–
..... Expl.	Rucksack robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr.	25.–
..... Expl.	Pin Schweizerkreuz	Fr.	7.–
..... Expl.	Pin SVP-Logo	Fr.	7.–
..... Expl.	Pin «SVP Gold»	Fr.	7.–
..... Expl.	Post-it, Block à 50 Blatt	Fr.	2.–
..... Expl.	Offiziersmesser, Original-Victorinox	Fr.	20.–
..... Expl.	Kleber, Bogen à 27 Kleber	Fr.	5.–
..... Expl.	Jass ❑ französisch ❑ Deutschschweizer	Fr.	3.–
..... Expl.	SVP-Ballone, Sack à 50 Stück	Fr.	33.–
..... Expl.	Kugelschreiber	Fr.	2.50

Name .....

Vorname .....

Adresse .....

PLZ/Ort .....

Telefon .....

Mail .....

Ort .....

Datum .....

Unterschrift .....

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Impressum SVP-Klartext
Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12 × / Jahr

Chefredaktor: Alain Hauert

Inserate: Alain Hauert

Adresse:
Generalsekretariat SVP
Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:
Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:
Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:
Zofinger Tagblatt AG, ZT Print, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49, www.ztonline.ch

Adressänderungen:
per E-Mail an klartext@svp.ch

STIFTUNG
FÜR BÜRGERLICHE
POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.
Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Silvia Bär, Generalsekretärin SVP Schweiz ad interim, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 55 000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

Lehre aus der Krise: Mehr Schweiz!

Aus der Krise können wir vor allem eines lernen: Nichts geht über Solidität und Qualität. Im Volk ist Augenmass und der Sinn für die Realität immer lebendig geblieben. Auch in den Zeiten der boomenden Konjunktur. Sonst hätten die Stimmbürger dem Bundesrat und den Mitte-Links-Parteien nicht den Weg in die EU blockiert.

In der politischen und wirtschaftlichen Elite aber glaubte man, das Eldorado beginne gleich hinter der Grenze. Weshalb diese schleunigst zu beseitigen sei. Das Schweizerische schätzten sie gering. Unser Markt sei zu klein, unsere Werte und Traditionen zu bünzlig, unsere direkte Demokratie veraltet. Und die Neutralität ohnehin überflüssig. So investierten euphorische Banker gute Franken in wertlose ausländische Schuldpapiere. Und heimatmüde Politiker wollten unsere Souveränität schon mehrfach verschachern. Hauptsache glanzvoll, gross und grenzenlos. Hauptsache international.

Verhängnisvoller Irrglaube dieser selbsternannten Eliten in Politik und Wirtschaft! Wäre man mit diesen Grössenphantasien zu einem beliebigen «Büezer» oder Bauern gegangen, zu einem Schweizer, der von den vornehmen Internationalisten als Hinterwäldler verlacht wird, dann hätte dieser dem Spekulanten geantwortet, er verstünde den Geschäftsbericht in diesem englischdeutschen Kauderwelsch nicht, wisse aber, dass noch nie ein Baum in den Himmel gewachsen sei. Und dem Politiker hätte er gesagt, er hielte es besser mit Niklaus von der Flüe und solle den Zaun nicht zu weit stecken und sich nicht in fremde Händel mischen. Hätte man diese Volksweisheiten beachtet, bliebe uns allen viel Ärger und viel Sorge erspart – vom Problemfall UBS bis zum Problemfall Calmy-Rey.

Und genau diesen gesunden Realitätssinn des Volksverstandes brauchen wir nun wieder: Bundesrat, Mitte-Links und economiesuisse wollen die Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien ausdehnen. Und das erst noch gerade jetzt, am Vorabend einer drohenden Krise! Die Arbeitsplätze werden knapp, unsere Sozialwerke ein begehrenswertes Ziel. Die freie Einwanderung aus Rumänien und Bulgarien wird die Situation längerfristig alles andere als entspannen. Deshalb sagen wir Nein zu noch mehr internationalistischen Abenteuern und Ja zu wieder mehr Sonderfall Schweiz!

Werbung

Zu verkaufen in Wängi TG
Freist. 6.5 Zi. EFH, Parzelle 754m2, Volumen 1139m3
VP CHF 645'000.-
Info unter REMAX Wil
Hr.A. Schönenberger
079 354 89 30 + 071 913 50 93

ÜBERSETZEN, LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN
Bahnhofweg 17, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
translate@aareptan.ch

www.
wahl-plakate
.ch

Bruchsch Liecht?

DE NOSI HÄT'S!

20 Jahre
NOSERLIGHT
CH-8909 Zwillikon Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noserlight.ch, **www.noserlight.ch**

Nationalrat Felix Müri, Emmenbrücke LU, zur Europapolitik der Schweiz

SVP muss Gegensteuer geben

Als «Trainingslager für den EU-Beitritt» bezeichnete SVP-Bundesrat Ogi den EWR im Jahr 1992. Eine treffende Analyse. Denn ein Ja zum EWR hätte die Übernahme von europäischem Recht bedeutet, bei dessen Weiterentwicklung wir nicht hätten mitentscheiden können. Wir wären heute längst in der Europäischen Union. Das Schweizer Volk liess sich aber nicht beirren und sagte Nein. Trotzdem drängt die politische Elite seit nunmehr 16 Jahren in die EU. Sogar die FDP und CVP, die früher bedingungslos hinter unserer direkten Demokratie gestanden hatten, liessen sich mittlerweile – wenn auch versteckt – für den EU-Beitritt in Etappen einspannen. Die SVP ist die einzige Partei, die sich mit Händen und Füssen für eine eigenständige, souveräne und neutrale Schweiz wehrt. Bisher mit Erfolg. Noch nicht vergessen ist das Jahr 2001, als das Volksbegehren «Ja zu Europa» mit wuchtigen 76,8 Prozent verworfen wurde. Ein Schock für die Befürworter. Vielen wurde erst durch diese Abstimmung bewusst, wie stark in der Bevölkerung die Opposition gegen einen EU-Beitritt tatsächlich ist.

Das Streben unserer classe politique in Richtung Europa hat aber auch nach diesem deutlichen Volksentscheid nicht abgenommen. Die Strategie EU-Beitritt wird heute sogar noch energischer denn je verfolgt. Auch wenn die massgebenden Kräfte in Bern so tun, als sei dies zurzeit kein Thema, so unternehmen sie hinter den Kulissen in Wirklichkeit alles, um die Schweiz beitrittsfähig zu machen. Zum Beispiel missbraucht der Bundesrat den bilateralen Weg, indem er gezielt Verträge abschliesst, die uns in Sachzwänge hineinführen. Und diese treiben uns letztlich in die EU. Unsere Aussenministerin Micheline Calmy-Rey liess gar verlauten, sie werde alles daran setzen, das Schweizer Volk zu überzeugen, dass dieser Weg für Europa und für unser Land lebenswichtig sei. Entsprechend dieser Philosophie werden auch heute noch bilaterale Verträge ausgehandelt, die nur einseitig Nutzen stiften. Ein solches Vorgehen betrachte ich als Verrat an all denen, die sich vom bilateralen Weg eine Alternative zum EU-Beitritt versprochen haben.

Die SVP hat die Aufgabe, diese omnipräsente Strategie zu entlarven und zu bekämpfen. Ein EU-Beitritt würde die Schweiz in die Durchschnittlichkeit führen. Für mich gibt es nur einen Weg: Unsere Aussenpolitik muss das Weiterbestehen der kleinen direkten Demokratie Schweiz zum Ziel haben. Wir müssen eine selbstbewusste und offene Zusammenarbeit mit allen Staaten der Welt anstreben. Damit die Schweiz nicht den verheerenden Weg Deutschlands geht, sind alle Rahmenbedingungen zu überprüfen. Wie können sie besser gestaltet werden, als es uns die EU bieten kann? Ich spreche etwa von den Voraussetzungen in Bezug auf den Werk- oder auch den Finanzplatz Schweiz, meine aber auch Anreize für die einzelnen KMU, zum Beispiel in Form einer tieferen Steuerbelastung. Und ich stelle eine weitere Forderung: Das Bankkundengeheimnis ist in der Bundesverfassung zu verankern.

Kürzlich lancierte der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück in Paris wieder einmal einen Angriff auf unsere Steuerautonomie und erklärte, wir sollten nicht nur das Zuckerbrot geniessen, sondern auch die Peitsche zu spüren bekommen. Solche öffentlich geäusserten Attacken sind inakzeptabel und einer guten nachbarschaftlichen Zusammenarbeit nicht gerade förderlich. Vergesst nicht, liebe Deutsche: Die Schweiz ist euer bevorzugtes Auswanderungsland. Und wir Schweizer beweisen euch gegenüber immer wieder grösste Solidarität, was Arbeitsplätze, Transitverkehr und Fluglärm betrifft. Deutschland sollte – wie alle übrigen OECD-Staaten auch – sich selbst und beispielsweise sein eigenes Steuersystem hinterfragen. Die Zwangsabgaben in diesen Staaten grenzen in der aktuellen Höhe an eine Enteignung der Bürger. Ich rate diesen Regierungen deshalb, zuerst ihre eigenen Hausaufgaben zu machen und die Steuern im eigenen Land zu senken.

Die Unabhängigkeit der Schweiz ist zu respektieren und unsere finanz- und wirtschaftspolitischen Grundsätze, zu denen auch der Steuerwettbewerb und das Bankkundengeheimnis gehören, dürfen keinesfalls aufgeweicht werden.

Werbung

Risse – Feuchtigkeit
Nässe – Schimmel
Algen?

Flachdach – Fassade – Balkon
Wohnraum – Keller – Terrasse
Schwimmbad

15 Jahre Dobler-Bautenschutz
10 Jahre Garantie
34 Jahre Erfahrung

Die Spezialisten in Ihrer Nähe!
Gratis-Telefon: 0800 30 31 30

Dobler-
ISO 9001 zertifiziert Bautenschutz AG
Lenzburg • Holderbank • Wohlen • www.dobler-bautenschutz.ch

Nationalrätin Jasmin Hutter, Vizepräsidentin SVP Schweiz

Nein zum undemokratischen Vorgehen des Parlaments – Nein zur Blauäugigkeit des freien Personenverkehrs!

Die linke Mehrheit des Parlaments, mit dem gütlichen Zutun des Bundesrates, wollte es nicht anders: Sie versucht das Schweizer Volk zu erpressen und, mit der Verknüpfung der beiden Vorlagen über die Weiterführung des freien Personenverkehrs und dessen Ausdehnung auf die Armenländer Rumänien und Bulgarien, ein Ja zu erzwingen. Ein solch undemokratisches Verhalten hat es in der Schweizer Demokratie noch nie gegeben. Die SVP Schweiz hat darum auf das Ergreifen eines Schein-Referendums verzichtet und sich von diesen scheinheiligen Machenschaften distanziert.

Nun ist das Referendum zustande gekommen, eine neue Situation ist eingetreten. Das Schweizer Volk hat nur noch die Möglichkeit, zum Gesamtpaket Ja oder Nein zu sagen. Die SVP-Parteileitung empfiehlt ihren Delegierten aus zwei Gründen, die verknüpfte Vorlage zur Personenfreizügigkeit abzulehnen:

1. Wir lassen uns nicht erpressen

Das Vorgehen der linken Mehrheit des Parlaments ist und bleibt undemokratisch und muss verurteilt werden. Mit einem Nein zu dieser verknüpften Vorlage sagen wir auch Nein zur Erpressung des Parlaments und des Bundesrates. Es darf in unserer einzigartigen Demokratie niemals vorkommen, dass das Volk zu zwei verschiedenen Fragen nur eine Antwort geben kann. Diese Kröte, im Sinne einer «Vogel-friss-oder-stirb»-Politik, fressen wir nicht.

2. Wir übernehmen Verantwortung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten

Wir gehen wirtschaftlich schwierigeren Zeiten entgegen. Darum ist es umso wichtiger, dass wir das Steuer bei der Einwanderung in unseren Händen behalten. Bereits jetzt erwartet das SECO (Staatssekretariat für Wirtschaft) eine rasante Zunahme der Arbeitslosigkeit auf 3,5 %. Schon heute sind 43 % der Arbeitslosen Ausländer. Unsere Sozialversicherungen, allen voran die

Arbeitslosenversicherung, werden auf eine harte Probe gestellt. Denn diese sind um ein Vielfaches attraktiver ausgestaltet als in den übrigen Ländern, mit welchen wir die Personenfreizügigkeitsverträge haben. Was passiert mit all den Deutschen, Polen und Slowaken, die wegen der Hochkonjunktur eingestellt wurden, nun aber ihre Stelle verlieren? Diese haben genau die gleichen Rechte auf Arbeitslosenentschädigung wie die Schweizer – also Anspruch auf Lohn aus der Schweizer Staatskasse. Es ist blauäugig zu glauben, diese gingen in ihre Länder zurück, um dort arbeitslos zu sein und damit auf die Schweizer Zahlungen zu verzichten.

In unserem Land leben 1 007 017 Einwanderer aus den EU-Staaten, dies ist eine Steigerung in nur zehn Monaten um 7,9 %! Der Bundesrat hätte im Mai 2008 eine Wiedereinführung von Kontingenten beschliessen können. Dies wäre bei den damaligen Höchstzahlen problemlos möglich gewesen. Er lässt die freie Einwanderung aber, trotz drohender globaler Rezession, schalten und walten und treibt damit unsere Sozialwerke in den Ruin. Dies ist unverantwortlich. Umso mehr eine kurzfristige Steigerung der weltweiten Arbeitslosigkeit von mehr als 10 % erwartet wird.

Und nun sollen mit Rumänien und Bulgarien (zusammen 31 Millionen Einwohner) noch zwei Länder mit riesigen Wohlstandsunterschieden freien Eintritt in die Schweiz erhalten. Rumänien hat eine Arbeitslosenquote, die dreimal höher ist als unsere. Jeder Fünfte rumänische Erwerbstätige hat keine Ausbildung.

Diese Leute weichen um jeden Preis in Länder aus, die billige Arbeitskräfte suchen. Die Folgen für unser Land wären klar: tiefere Löhne und mehr Schweizer Arbeitslose.

Am 29. November 2008 befinden die Delegierten der SVP Schweiz in Dietikon ZH über die Parole zur Personenfreizügigkeit. In dieser Frage hatten wir in unserer Partei schon immer geteilte Meinungen. In der heutigen wirtschaftlichen und auch ordnungspolitischen Situation empfiehlt die Parteileitung den Delegierten die Nein-Parole. Damit beide Meinungen zum Tragen kommen, werden wir die Parolenfassung kontradiktorisch behandeln. Schliesslich sind wir eine demokratische Partei!

Werbung

Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt. Inhalt reinigen: Decken Fr. 25.–, Kissen Fr. 10.–. Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch. Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen, auch Spezialanfertigungen. Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

Bettwaren Kloten

BETTFEDERNREINIGUNG
POTEMA®
MOBILE MATRATZENREINIGUNG

ZOLLINGER + CO. AG
- **8424 Embrach, Hardhofstrasse 15**
  Telefon 044 869 10 75
  Samstags auf tel. Anmeldung

www.rafzerfeld.com
bettwaren@rafzerfeld.com

Marco Duller, SVP International, zum Steuerstreit aus der Sicht eines Schweizers in Deutschland

Minister Steinbrück und die Peitsche – ein Trauerspiel

Peer Steinbrück – ein sonst eher nüchterner Hanseat – sorgte in den letzten Tagen für Schlagzeilen durch seine Ausfälle gegenüber der Schweiz. Nach einem Ministertreffen von 17 OECD-Ländern, welches aber keine offizielle OECD-Veranstaltung war, forderte Steinbrück die Schweiz als Steueroase ächten zu lassen, sollte das Bankgeheimnis nicht fallen. Hier hat sich der deutsche Finanzminister gründlich im Ton gegenüber einem souveränen Staat vergriffen. Einmal mehr zeigt sich ein grundlegender Unterschied zwischen Europa und der Schweiz. Deutsche Politiker, aber auch europäische Spitzenpolitiker sind es gewohnt, am Volk vorbei Entscheidungen zu treffen und die «grosse» Politik unter sich auszumachen. Daher verzweifeln sie immer wieder an der Schweiz, in der die Volkssouveränität und die direkte Demokratie Eckpfeiler des politischen Systems sind.

Abgesehen vom Tonfall liegt Steinbrück auch in der Sache falsch. Im Prinzip möchte er die direkte Demokratie aushebeln und die Eidgenossen entmündigen. Er spricht der Schweiz das Recht ab, die Steuern selbst festzusetzen, aus freien Stücken zu entscheiden, wie Bürger und Unternehmen zu besteuern sind. Doch hier müssen wir uns ernsthaft die Frage stellen – wer ist dieser Finanzminister? Die Schweizer Staatsbürgerschaft scheint er nicht zu haben – also mit welchem Recht mischt er sich in die inneren Angelegenheiten unseres Landes ein? Hier haben wir wieder das angesprochene Unverständnis der europäischen Elite für unsere demokratische Kultur, in welcher nicht die Politiker alleine über die Politik entscheiden, sondern das Volk. Herr Steinbrück sollte möglicherweise eine Lektion in direkter Demokratie erhalten.

Ein weiterer Punkt muss hier unbedingt Erwähnung finden. Der Finanzminister spricht davon, dass Menschen zur Steuerhinterziehung motiviert werden. Es stellt sich jedoch hier die Frage, was denn die Schweiz dafür kann, dass deutsche Steuerzahler ihrem Staat misstrauen und ihr Geld lieber ins Ausland bringen? Das Problem wird nicht dadurch gelöst, dass man die Schweiz dazu zwingt, die Steuern anzuheben. Deutschland muss die Anreize im eigenen Land verstärken, so dass die Bürger ihr Geld im eigenen Land anlegen. Die Bundesrepublik Deutschland schafft eine Atmosphäre, in der die Bürger ihr Geld lieber ins Ausland bringen. Einerseits liegt es an den Belastungen, andererseits nutzen viele Deutsche die Möglichkeit, ihr Geld im Ausland anzulegen (neben der Schweiz auch gerne nach Österreich, Luxemburg oder anderen Ländern), weil sie ihrem Staat nicht mehr vertrauen und das Steuersystem für ungerecht halten. Davon können wir übrigens lernen – weniger Staat bedeutet auch mehr Vertrauen der Bürger in seine Behörden.

Die Schweiz ist kein Vasall der Europäischen Union oder der OECD. Sie ist nicht der Sündenbock für Fehler, die in anderen Ländern gemacht werden. Im Gegenteil: Andere Staaten können viel von der Schweiz lernen – nämlich, dass es auch ein gutes Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgern geben kann. Nicht in der Gleichschaltung, sondern im Wettbewerb um die besten Ideen liegt die Lösung. Ein ungerechtes, komplexes Steuersystem mit zahlreichen Ausnahmen und kaum durchschaubaren Regelungen sowie der heraufbeschworene Sozialneid sind die Probleme, um die sich der deutsche Finanzminister kümmern sollte. Einfacher ist es natürlich die eigenen Probleme zu ignorieren und andere dafür verantwortlich zu machen. Eher sollten positive und erfolgreiche Konzepte aus der Schweiz als Anreiz für ein Umdenken der Politik in Deutschland genommen werden.

AHV und Renten gefährden?

ACHTUNG! Angriff der Linken!

Die AHV ist unser wichtigstes und sicherstes Sozialwerk – bis jetzt! Denn die Linken wollen die AHV ruinieren: Mit der AHV-Initiative der Linken wird das Rentenalter faktisch auf 62 Jahre gesenkt.

Aber aufgepasst: Sinkt das Rentenalter, müssen weniger Erwerbstätige mehr Renten finanzieren. Das kann nicht gut gehen!

Die Folgen:

- Den Arbeitenden wird immer mehr Geld vom Lohn abgezogen. Ihnen bleibt immer weniger Geld zum Leben.
- Jährlich müssen zusätzlich 1,5 Milliarden Franken für AHV-Renten ausbezahlt werden.
- Die AHV hat weniger Geld. Sie gerät in die roten Zahlen und wird ruiniert.
- Die Renten sind nicht mehr sicher.

Darum:

NEIN

zu der Initiative AHV-Alter senken

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, www.svp.ch

Mit einer Spende auf PC PC 30-8828-5 unterstützen Sie das weitere Erscheinen dieses Inserat. Mit herzlichem Dank.

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Christoph Blocher, alt Bundesrat, Vizepräsident SVP Schweiz, Herrliberg ZH

Der schweizerische Weg in der Weltfinanzkrise

Nach den Ereignissen der letzten Wochen auf den internationalen Finanzmärkten herrscht in der Schweizer Bevölkerung Verwirrung und Orientierungslosigkeit. Aufgrund dieser Situation ist es wichtig nun Klarheit zu schaffen. Die Schweiz wird diese Krise aber relativ gut überwinden, sofern in den Unternehmen und der Politik die richtigen Massnahmen getroffen werden.

Überwindung der aktuellen Krise

Die Sicherstellung des funktionierenden Geldkreislaufes und Finanzwesens ist eine der zentralen Staatsaufgaben. Darum hat die Schweiz eine Nationalbank, Aufsichtsorgane wie die EBK, Bankgesetze und zahlreiche Regulierungen.

Dieses Funktionieren des Finanzsystems basiert aber vor allem auf Vertrauen, und genau dieses wurde in den letzten Wochen weltweit stark erschüttert. Um es wieder herzustellen, haben alle wichtigen Länder der Welt innert kurzer Zeit Rettungsmassnahmen getroffen, die faktisch Staatsgarantien für die Banken darstellen.

Für die Schweiz galt es der Welt zu zeigen, dass sie hinter ihrem Finanzplatz steht, um so Sicherheit für die Anleger zu schaffen und einen Zusammenbruch der UBS zu verhindern, was die Schweiz zum Stillstand gebracht hätte.

Sowohl die Nationalbank als auch der Bund gewähren der UBS nun entsprechende Darlehen und tätigen Investitionen. Der Erfolg wird sich zeigen, aber es gilt festzuhalten, dass es sich nicht um eine Staatsausgabe handelt und die beiden Massnahmen die Steuerzahler nichts kosten. Bund und Nationalbank haben alles daranzusetzen, dass daraus ein Gewinn resultiert.

Die Notmassnahmen waren zum Schutz der Volkswirtschaft notwendig und im Interesse des Landes gutzuheissen. Aber sie dürfen keine Schule machen. Diese «Rettungsoperationen» sind ausserordentlich und nur etwa vergleichbar mit Massnahmen, wie sie in Kriegszeiten zur Rettung des Landes getroffen werden müssten.

Leider wurden Grund und Zweck dieser Interventionen, die weitgehend die Ordnungspolitik ausser Kraft setzen, von der Öffentlichkeit nicht richtig oder kaum wahrgenommen. Dies lässt auf eine mangelhafte Orientierung durch die Politiker und die Medien schliessen.

Risikominderung für die Schweiz

Im Rahmen der Aufarbeitung dieser aktuellen Krise ist es wichtig weitere Massnahmen zur Stärkung des Finanzplatzes anzugehen. So ist es beispielsweise dringend notwendig, die Risiken der Schweizer Banken so einzuschränken, dass die Schweiz im Notfall nicht für abenteuerliche Geschäfte – etwa in den USA – geradestehen muss.

Die Gesetzgebung hat dafür zu sorgen, dass die Grossbanken verpflichtet werden, sich umzustrukturieren und ihre Risiken auf verschiedene selbständige, voneinander unabhängige Länder-Tochtergesellschaften aufzugliedern. Dieses Anliegen ist so wichtig, dass wir, falls der Bundesrat und das Parlament nun nicht handeln, eine Volksinitiative ins Auge fassen müssen.

Eine radikale Korrektur ist endlich auch im Bonussystem vorzunehmen. Die Bankverantwortlichen sind aufgerufen, dieses verfehlte und gefährliche Anreizsystem rasch zu ändern. Zudem muss jetzt die, dem Parlament vorliegende, Aktienrechtsrevision rasch vorangetrieben und umgesetzt werden. Sie stärkt die Eigentümerrolle und die Aufsichtsfunktion über das Management.

Kampf gegen Realitätsverlust – Stärkung der Bürger

Der voraussehbare Konjunkturrückgang, der durch die Finanzkrise verstärkt wurde, ist die Folge von Masslosigkeit, Grössenrausch und von

Seit mehr als 30 Jahren sind wir für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Behörden, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen
- Wahl- und Abstimmungswerbung • Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung
- Lobbying und PR • Produkte- und Dienstleistungswerbung • Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Wo nötig, schaffen wir auch die gewünschte Medienaufmerksamkeit...

Wir wollen Ihren Erfolg

GOAL
AG für Werbung und Public Relations

Walter Minder, Berater Wirtschaftskommunikation
Alexander Segert, Berater politische Kommunikation

Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH

Verlust an Realitätssinn in Unternehmen, in der Politik und in der Gesellschaft. Die jahrelangen positiven Resultate wurden der eigenen Fähigkeit zugeschrieben und deren Dauerhaftigkeit weder in Frage gestellt noch untersucht.

Einmal mehr kommt die alte Wahrheit an den Tag: «Nichts ist schwerer zu ertragen als eine Reihe guter Tage.» Diese Einstellung ist zu korrigieren.

In diesem Sinne gilt es jetzt zu handeln und die Bürger, nicht etwa den Staat, zu stärken. Die Steuern, Abgaben und Gebühren sind zu senken, die kalte Progression muss verschwinden und die wettbewerbsverzerrenden Emissionsabgaben sollen endlich abgeschafft werden. Eine Mehrwertsteuersenkung von 1% senkt die Kosten um drei Milliarden Franken und muss rasch realisiert werden. Selbstverständlich sind sowohl die Mehrwertsteuererhöhung für die IV als auch die Pläne, die Staatsausgaben für Konjunkturförderungsprogramme zu erhöhen, abzulehnen.

Die im hochkonjunkturellen Übermut beschlossenen Phantasieprojekte – z.B. im Energiebereich, im Umweltschutz, in der Bildung (HarmoS) und der Entwicklungshilfe (plus 800 Mio.) – sind ebenso rasch auf den Boden der Realität zurückzuführen.

Zudem müssen wir im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Krise auch die steigenden Migrationsprobleme ernst nehmen. Die wieder steigenden Asyleingänge sind entschlossen zu reduzieren, statt diese zu verwalten, und die Personenfreizügigkeitsvorlage mit ihrer Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien ist abzulehnen.

Die heutige Finanzkrise zeigt, dass die Schweiz ihre Unabhängigkeit mit allen Mitteln verteidigen und ihre Handlungsfähigkeit wahren muss. Die Nationalbank und Währungsreserven müssen hierfür zusätzlich gestärkt werden.

Im internationalen Vergleich steht unser Land weiterhin gut da. Die Schweizer Unternehmen sind relativ gut finanziert und verfügen über solide Bilanzen. Und auch die Öffentlichkeit verfügt über eine stabile Ausgangslage und Investitionen, so dass sie auch während längerer Zeit mit niedrigeren Ausgaben durchkommen würde. Die Schweizer dürfen Vertrauen haben in die Schweiz, aber auch in die eigenen Bürger.

Die Schweiz ist gut gerüstet, um die schwierige Zeit durchzustehen. Möglich ist dies aber nur, wenn man den Mut hat, zu realitätsnahen Lebensbedingungen zurückzukehren.

Dieser Artikel ist eine Kurzfassung meiner Rede vom 1. November 2008. Alle Unterlagen und den Originaltext finden Sie unter **www.blocher.ch.**

Das Konzept der SVP – Die Finanzkrise als Chance nutzen

Obwohl die SVP staatliche Eingriffe in den freien Markt grundsätzlich ablehnt, hat sie das Massnahmenpaket des Bundes und der Nationalbank gutgeheissen. Diese Intervention war unausweichlich geworden, da die Grossbanken für die schweizerische Volkswirtschaft eine tragende Rolle spielen. Es ging bei dieser Finanzspritze nicht darum, lediglich ein Unternehmen zu retten, sondern um die Sicherung eines attraktiven Wirtschaftsstandortes Schweiz. Wichtig ist nun aber, dass man diese Krise als Chance erkennt, um weitere Anpassungen umzusetzen, die zu einer nachhaltigen Stärkung des Finanzplatzes beitragen.

Die Stabilisierung und die Wiedererstärkung des Vertrauens in die Schweizer Bankenwirtschaft sind für uns alle von zentraler Bedeutung. Dabei gilt es aber auf leichtsinnige, regulatorische Schnellschüsse, wie sie von linker Seite gefordert werden, zu verzichten. Vielmehr muss nun alles unternommen werden, um dem Markt die Möglichkeit zu geben wieder unverfälscht zu funktionieren.

Deshalb präsentierte die SVP ihr Konzept, das wieder zu mehr Stabilität und Vertrauen in unser Bankensystem führen soll:

1. Stärkung des Finanzplatzes
Das Bankkundengeheimnis, welches von der EU und insbesondere Deutschland massiv unter Beschuss gekommen ist, muss gestärkt und in der Bundesverfassung verankert werden.
Die minimalen Eigenkapitalquoten der Banken für entsprechende Risiken sind angemessen zu erhöhen.
Das Klumpenrisiko, welches die Grossbanken für die Schweizer Volkswirtschaft darstellen, ist zu reduzieren, indem beispielsweise die Auslandstätigkeiten in separate Tochterfirmen ausgelagert werden. Ein entsprechender Vorstoss wurde von der SVP-Fraktion bereits in der Herbstsession eingereicht.
Die falschen Anreizsysteme für die Topmanager mit den enorm hohen Bonuszahlungen müssen angepasst werden.
Der Einlegerschutz soll – analog zum europäischen Umfeld – verbessert werden.

2. Massnahmen für die Nationalbank
Die Währungsreserven der Nationalbank sind zu erhöhen, um deren Handlungsfähigkeit in Krisensituationen zu vergrössern.
Der Verkauf der Goldreserven muss gestoppt werden, der Franken muss auch in turbulenten Zeiten abgesichert bleiben.

3. Wahrnehmung der politischen Verantwortung
Der Bundesrat hat rasch eine umfassende Lagebeurteilung vorzunehmen und darzulegen, wie die verschiedenen beteiligten Institutionen gehandelt haben und welche möglichen Massnahmen allenfalls unterlassen wurden.
Die Haftungsfragen sind, gerade im Hinblick auf das Engagement des Bundes, zu regeln und allenfalls auch rückwirkend zu klären.

Werbung

Rahmenprogramm zum
17. Aargauer Antiquitätenmarkt
28.–30. Nov. 2008
Fr. 16–20 h / Sa. 10–19 h / So. 10–18 h
Ansichtskarten- + Papierbörse
NEU: Zentrum Bärenmatte SUHR
vormals Schachenhalle Aarau

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

Nationalrat Oskar Freysinger, Savièse (VS)

Initiative zur Unverjährbarkeit pornographischer Straftaten gegen Kinder

Das Leid der Opfer ist unverjährbar

Kindsmissbrauch ist mit keinem anderen Verbrechen vergleichbar und verdient, dass die Massnahmen im strafrechtlichen Bereich diesem Umstand Rechnung tragen. Es ist nicht einzusehen, warum eine wie immer geartete Frist den Täter bevorzugen und das vergangene und zukünftige Opfer – Pädokriminelle sind meist Wiederholungstäter und treiben ihr Unwesen über mehrere Generationen – benachteiligen sollte. Und es ist auch nicht Sache des Staates, aufgrund einer arbiträren Frist zu entscheiden, ob ein Opfer die zu seinem psychologischen Wiederaufbau notwendige Anklage erheben darf oder nicht.

Die Verjährungsfrist mit dem Alter von 33 Jahren beschränken zu wollen (18 Jahre plus 15 Jahre, minus der für die zur Anklage notwendigen Abklärungszeit) ist absolut willkürlich und bedenklich. Der so genannte Gegenentwurf der Regierung hat an der Verjährungsfrist nichts geändert. Es wurde lediglich das Alter vorgeschoben, an dem man zu zählen beginnt: 18 Jahre, die rechtliche Volljährigkeit.

Die meisten Kindesschänder stehen den Opfern sehr nahe (engster Familienkreis). Dies bedeutet, dass das Opfer sehr lange unter dem Einfluss des Schänders steht, der meist das ganze Familienmilieu terrorisiert. Jahrzehnte sind notwendig, bis das Opfer sich von diesem Druck befreit und den Schritt an die Öffentlichkeit wagt. Die Praxis zeigt, dass die meisten Opfer erst zwischen 40 und 50 Jahren mit der erlittenen Schändung ans Tageslicht kommen. Die Gegner der Unverjährbarkeit behaupten nun, die Beweislage sei nach so langer Zeit oft unmöglich. Das ist sie jedoch schon nach wenigen Monaten oder Jahren. Oft aber lösen sich gewisse Zungen (Ehefrau des Schänders oder weitere Opfer des gleichen Schänders) nach einer langen Frist und das Opfer kann hoffen, dass ihm Gerechtigkeit widerfährt.

Und was das nach so vielen Jahren schwächelnde Gedächtnis angeht, das die Gegner der Initiative oft heraufbeschwören, so betrifft dies die Opfer in keiner Weise. Wie könnten sie auch nur für kurze Zeit die schreckliche Tat vergessen, die eine tiefe Wunde gerissen hat und sie oft ihr ganzes Leben daran hindert, eine unbeschwerte Existenz zu führen?

In Kanada, wo es wie in Grossbritannien eine Unverjährbarkeit für Kindsmissbrauch gibt, erheben 23,8 % der als Kind geschändeten Frauen und 11,1 % der missbrauchten Männer eine Anklage. Die andern vergraben es in ihrer Seele. Es wäre unmenschlich, denen, die es wollen und den Missbrauch wohlüberlegt verklagen wollen, dieses Recht auf ihre freie Entscheidung zu nehmen. Und dies, wann sie auch immer dazu bereit sind. Denn für die Gesellschaft bedeutet eine Verjährung, dass Gras über ein Delikt gewachsen ist. Über tiefgreifende seelische Schäden wächst jedoch kein Gras. Schliesslich wiegt die Entscheidungsfreiheit, über sein Schicksal zu bestimmen und dadurch eventuell weitere Opfer zu verhindern, das Risiko eines Freispruchs des Täters bei weitem auf. Nur schon der Umstand, dass dieser sich öffentlich rechtfertigen muss, bringt den Opfern meistens die erhoffte Genugtuung.

Darum sollte sich der Stimmbürger einfach nur fragen, ob der Zeitfaktor dem Opfer oder dem Täter zum Vorteil gereichen soll. Ich persönlich habe mich entschieden und die Initiative seit Anbeginn unterstützt. Deshalb lege ich den SVP-Wählern nahe, ihrem Zentralvorstand zu folgen, der mit überwältigender Mehrheit die Ja-Parole beschlossen hat.

Werbung

Qualitäts-Treuhand
mit integrierter betriebswirtschaftlicher Beratung
Schnell – Kompetent – Kostengünstig

- Komplette Buchführung auf Ihrem oder unserem System (Web-Treuhand)
- Teilzeit-CFO (Management auf Zeit)
- Trouble Shooting-Einsätze vor Ort (z.B. kurzfristiger Ersatz CFO/Projekte)
- Sanierungen/Umwandlungen/Liquidationen
- Betriebswirtschaftliche Beratung inkl. Steuerplanung
- Verwaltung STWEG
- Start-Up-Beratung inkl. Businessplan und Budget

timeconsult

TT Timeconsult Treuhand AG
Zimikerried 20
8603 Schwerzenbach
www.timeconsult.ch

Standorte in Schwerzenbach ZH, Muri AG, Derendingen SO

Kontakt: Christoph Lanker
Präsident SVP Ortspartei Derendingen
052 213 96 10, christoph.lanker@timeconsult.ch

Nationalrat Guy Parmelin, Bursins

Volksinitiative «Für ein flexibles AHV-Alter»

Die Kunst, die Realität zu negieren und das gesetzte Ziel zu verpassen

Die Initiative ist charakteristisch für jene Kreise, die rascher zur Stelle sind, um neue Ausgaben zu ersinnen, ohne sich Gedanken über ihre Finanzierbarkeit zu machen, als sich um die Gefahren zu sorgen, denen unsere Sozialwerke in den nächsten Jahren unter dem finanziellen Aspekt ausgesetzt sein werden. Nur um die Leistungen auf dem heutigen Niveau zu halten, rechnet der Bundesrat bis 2030 mit einem finanziellen Mehrbedarf von 14 Milliarden Franken pro Jahr, wenn das Wirtschaftswachstum in der Norm bleibt; sollte es nur schwach sein und die Alterung der Bevölkerung stärkere Auswirkungen haben als prognostiziert, dann stiege die Rechnung gar auf 40 Milliarden Franken pro Jahr!

Trotz der harten Realität dieser Fakten läuft die Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) in die Gegenrichtung sämtlicher Bestrebungen in den industrialisierten Ländern Europas, wo sich die Regierungen Sorgen machen über die demografische Entwicklung und deren

schwere Folgen für die finanzielle Zukunft der Rentensysteme, wenn keine Vorsichtsmassnahmen ergriffen werden. Heute kommen auf einen Rentner vier Beitragzahlende, 2035 werden es zwei Beitragzahlende auf einen Pensionierten sein. Da die Initiative für nahezu 90 % der Bevölkerung das Rentenalter ohne Rentenkürzung senken will, wird sie auf dramatische Weise dazu beitragen, die finanziellen Probleme der AHV zu verschärfen. Die Weiterführung des ganzen Systems sowie die Solidarität zwischen Erwerbstätigen und Rentnern wären gefährdet. Die Initiative wird nämlich zusätzliche Ausgaben von 1,5 Milliarden Franken pro Jahr nach sich ziehen, die zum Mehrbedarf für die steigende Lebenserwartung und die demografische Entwicklung ganz allgemein hinzukommen. Natürlich sagt der Initiativtext nichts darüber, wie diese zusätzlichen Ausgaben finanziert werden sollen. Sie entsprechen immerhin einer Erhöhung der Mehrwertsteuer oder der Lohnbeiträge um 0,4 Prozentpunkte, was die Privathaushalte und die Betriebe zusätzlich belasten würde. Dabei versuchen wir sie eher zu entlasten, da ein gesundes Wachstum und eine intakte Kaufkraft die besten Garanten sind für die finanzielle Sicherung der Altersrenten.

Ausserdem verfehlt die Initiative gänzlich ihr «offizielles» Ziel, etwas für die weniger Privilegierten zu tun, das heisst diejenigen, die physisch anstrengende Berufe ausüben: schlimmer noch, sie wird sie nochmals schlechter stellen. Viele Erwerbstätige mit bescheidenem Einkommen werden sich eine vorzeitige Pensionierung ganz einfach nicht leisten können, selbst wenn ihre AHV-Rente nicht gekürzt wird, denn dies wird die mangelhafte oder gar nicht vorhandene Pensionskassenrente nicht kompensieren. Die Initiative ändert nichts daran, dass Pensionskassen im Falle einer vorzeitigen Pensionierung ihre Rentenleistungen entsprechend kürzen. Dazu kommt, dass alle bis zum Alter 65 weiterhin AHV-Beiträge bezahlen müssen und dass bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer oder der Lohnbeiträge zur Finanzierung dieser schlecht konzipierten Idee die Kaufkraft für die ganze Bevölkerung und insbesondere die wirtschaftlich Schwachen abnehmen wird. Die Initiative enthält somit alle Zutaten für ein unabwendbares Eigengoal. Denn die ersten Opfer werden ausgerechnet diejenigen sein, denen die Linke und die Gewerkschaften helfen wollen, «die Arbeitswelt in Würde zu verlassen».

Schliesslich verbindet die Initiative eine partielle oder vollständige vorzeitige Pensionierung mit dem Verbot, eine lukrative Tätigkeit zu denselben Bedingungen auszuüben. Wie wird es möglich sein, diese Bedingung zu kontrollieren, da etwa ein Drittel der Renten an Personen mit Wohnsitz im Ausland gehen? Das wird kostspielig und administrativ nicht durchsetzbar sein, vor allem aber wird es einer unkontrollierbaren, von der Linken immer wieder angeprangerten Schwarzarbeit Tür und Tor öffnen.

Die Schlussfolgerung lautet: Es gibt nur ein NEIN zu dieser gefährlichen Initiative, die gänzlich an ihrem Ziel vorbeischiesst. Sie wird nur das Ungleichgewicht zwischen Erwerbstätigen und Rentnern, mit dem die AHV in den nächsten Jahren konfrontiert sein wird, noch verstärken, und diejenigen, die sich keine solide zweite oder dritte Säule aufbauen konnten, nochmals bestrafen. Indem sie unser wichtigstes Sozialwerk zunichte machen, beweisen die Linke, die Grünen und die Gewerkschaften einmal mehr ihre chronische Unfähigkeit, mit Realitätssinn auf die Herausforderungen der demographischen Entwicklung zu reagieren. Vor allem beharren sie auf ihrer dogmatischen Verweigerung, Lösungen anzubieten, welche die Zukunft der ganzen Bevölkerung sichern, und nicht nur die von wirtschaftlich bereits Privilegierten.

Werbung

IHRE TEXTE AUF ITALIENISCH

Übersetzung Ihrer deutschen, französischen, englischen und spanischen Texte in die italienische Sprache

Auf Wunsch gemäss Kostenvoranschlag

Sonderrabatt für die Leser von Klartext!

Die Politik ist mein Hobby, Übersetzungen sind meine Arbeit.

Eros N. Mellini ist Sekretär der SVP-Kantonalpartei im Tessin – ein überzeugter und treuer SVPler.

Eros N. Mellini – Übersetzungen
Postfach 6193, 6901 Lugano
Telefon 079 620 38 84
E-Mail: emellini@bluemail.ch

Was am 30. November auch noch zur Abstimmung ansteht ...

Zwei Vorlagen im Bereich der Drogenpolitik: die Hanf-Initiative sowie die Revision des Betäubungsmittelgesetzes

Die SVP sagt Nein zur Hanf-Initiative

- weil Cannabis eine gefährliche Droge ist, welche die Gesundheit schädigt, die Leistungsfähigkeit in Schule oder Beruf beeinträchtigt und Unfälle verursacht;
- weil die Schweiz nicht zum Drogenmekka Europas werden darf.

Die SVP sagt Nein zum revidierten Betäubungsmittelgesetz

- weil es eine erfolglose Politik der Toleranz gegenüber dem Drogenkonsum zementiert;
- weil die Kosten der Drogensucht für unsere Krankenkassen und Sozialwerke bereits heute in die Milliarden gehen und weiter zunehmen;
- weil das neue Gesetz den Jugendschutz schwächt.

Eine Volksinitiative für mehr Wachstum und Arbeitsplätze in der Schweiz: die Verbandsbeschwerde-Initiative.

Die SVP sagt Ja zur Verbandsbeschwerde-Initiative

- weil das bisher geltende Verbandsbeschwerderecht einen massiven Eingriff in die Eigentumsfreiheit der Betroffenen darstellt und massive volkswirtschaftliche Schäden verursacht;
- weil die Annahme der Initiative den Wirtschaftsstandort und die Demokratie stärkt;
- weil der Missbrauch dieses Rechtsmittels verhindert werden muss.

Die Parolen der SVP Schweiz im Überblick

2 × Ja

zur Volksinitiative «Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern» JA

Volksinitiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik» JA

3 × Nein

Volksinitiative «Für ein flexibles AHV-Alter» NEIN

Volksinitiative «Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz» NEIN

Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz) NEIN

Hände weg von DROGEN

Immer mehr **Drogen**, immer mehr **Drogenhandel**, immer mehr **drogensüchtige** Menschen und parallel dazu wurde rund die Hälfte der stationären Therapieeinrichtungen geschlossen! Die Schweizer Drogenpolitik ist ein **Misserfolg**.

Diese verfehlte Drogenpolitik kostet uns heute schon mehr als **4 Milliarden pro Jahr, bezahlt von den Krankenkassen**, der IV und der Sozialhilfe, was für eine vierköpfige Familie 2000 Franken pro Jahr ausmacht.

Keine weitere Legalisierung!

2 x NEIN

zur Hanf-Initiative und zum Betäubungsmittelgesetz

www.drogstop.ch

SCHWEIZER KOMITEE «DROGEN: 2 X NEIN» • PF 8252 • 3001 BERN • VERANTW. A. GEISSBÜHLER

Hermann Lei, Rechtsanwalt, Kantonsrat TG
Eine Warnung an die Wähler in den Kantonen Thurgau, Graubünden, St. Gallen und Zürich

HarmoS fördert Parallelgesellschaft

Die classe politique und selbsternannte Eliten aus Verwaltung und Justiz glauben nicht an den mündigen Bürger, glauben nicht an die Urteilskraft des Volkes. Deshalb schränken Politiker, Richter und Beamte unsere Bürgerrechte immer mehr ein. Der Beispiele sind viele, HarmoS ist das aktuellste.

Das nationale Gleichschaltungsprogramm HarmoS ist nicht in einem vom Volk gewählten Parlament entstanden. Das Diskutieren, das Debattieren, das demokratische Streiten hat nie stattgefunden. Die Eidgenössische Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), beziehungsweise deren umfangreiches, vollamtliches Sekretariat, handelte in Eigenregie. Mit der überspannten Interpretation des Bildungsartikels will eine linkslastige Institution – am Souverän und den demokratischen Instanzen vorbei! – die Staatskompetenzen und die Staatstätigkeit ausdehnen. Jetzt sollten die Kantone einfach noch abnicken. – So werden Demokratie und Föderalismus unterlaufen.

HarmoS verstaatlicht Erziehung

Medien und Mitte-links machen seit Monaten Kampagne. Für mehr Staat. Und damit für weniger Familie, weniger Privatsphäre, weniger Eigenverantwortung. Glücklicherweise hat das Stimmvolk von Luzern einen Zwischenruf gewagt und HarmoS an der Urne versenkt. Jetzt stehen am 30. November weitere Abstimmungen in den Kantonen Thurgau, Graubünden, St. Gallen und Zürich an.

Nach dem klaren Entscheid des Souveräns in Luzern haben die Erziehungs-Etatisten ihre Strategie geändert. Nicht mehr von einem fortschrittlichen, zukunftsweisenden Projekt wird gesprochen; jetzt wird abgewiegelt, HarmoS bringe nichts Neues, schreibe im Konkordat nur fest, was ohnehin schon in fast allen Kantonen umgesetzt worden sei. Falsch. Stimmt nicht. Alles nur Schalmeienklänge. Selbst in denjenigen Kantonen, in welchen der Beitritt zum HarmoS-Konkordat als bloss formeller Schritt dargestellt wird, würde in folgenschwerer Weise die Politik geändert: Mit dem forcierten Ausbau von Tagesstrukturen soll eine politische Weichenstellung vorgenommen werden, die direkt auf die traditionelle Familie zielt und eine Verstaatlichung der Kinder und der Kindheit anstrebt.

HarmoS torpediert Integration

Damit nicht genug. Der Konkordatstext enthält einen viel zu wenig beachteten Passus, der die Förderung der Herkunftskultur und Herkunftssprache für Einwanderer schweizweit festschreibt. Statt also die Einwanderer auf unsere Kultur zu verpflichten und zum Lernen unserer Sprache anzuhalten, soll ihre angestammte Identität, Werthaltung und Sprache gepflegt, gefestigt und gefördert werden.

Art. 4 Abs. 4 HarmoS-Konkordat besagt im Wortlaut: «Für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund unterstützen die Kantone durch organisatorische Massnahmen die von den Herkunftsländern und den verschiedenen Sprachgemeinschaften unter Beachtung der religiösen und politischen Neutralität durchgeführten Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur (HSK-Kurse).»

Diese Bestimmung schreibt nun den Kantonen zwingend vor, was in einigen wenigen Gemeinden auf freiwilliger Basis und in eingeschränktem, viel kleinerem Umfang praktiziert wird. Damit werden die Parallelgesellschaften – also die Ausländermilieus, die sich der Integration verweigern – staatlich gestärkt und legitimiert. Die kleinlaute Einschränkung durch die Verpflichtung auf politische und religiöse Neutralität kann der Realität nicht standhalten. Wer kontrolliert denn die beispielsweise in Arabisch, Türkisch oder Paschtu gehaltenen Lektionen? Und wie wird wohl das schwammige Neutralitätsgebot interpretiert, wenn eindeutige religiöse oder politische Botschaften als Teil der Kultur deklariert werden, wie das etwa in der islamischen Tradition der Fall ist? Die Aufgabenteilung ist klar: Wir zahlen, die anderen befehlen.

HarmoS unbedingt ablehnen

HarmoS ist gefährlich. Seine Entstehungsgeschichte ist antidemokratisch und antiföderalistisch. Durch den Staatszugriff auf die Erziehung schwächt es die Familie und damit die natürlichen Strukturen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Und mit der Förderung der Parallelgesellschaft und der Stärkung von Milieus integrationsunwilliger Ausländer leistet es sogar einen aktiven Beitrag zur Desintegration unserer Gesellschaft. In den Kantonen Thurgau, Graubünden, St. Gallen und Zürich haben wir am 30. November die Möglichkeit, die Notbremse zu ziehen und HarmoS abzulehnen.

Werbung

Andreas Bazzon und Roy Spahr, Vorstandsmitglieder SVP Chur

HarmoS: Verstaatlichung der Erziehung und Entmündigung der Eltern

Studiert man die Umsetzungsabsichten der beitrittswilligen HarmoS-Kantone, stellt man fest, dass hinter HarmoS viel mehr steckt als nur die Vereinheitlichung der Schulzeit und der Schulpläne. Der Erziehungsauftrag soll den Eltern entzogen und an den Staat übergeben werden. Selbst jenen Eltern, die ihrer Verantwortung in der Kindererziehung nachkommen wollen, soll dies verunmöglicht werden. Das traditionelle Familienbild, in dem Kinder in vertrauter Umgebung von ihren Eltern an ihre Umwelt herangeführt werden und ihnen gleichzeitig Geborgenheit und Sicherheit geschenkt wird, soll begraben werden. Schon mit vier Jahren sollen den Kindern schulische Strukturen aufgezwungen werden. Obwohl immer beteuert wird, dass sich nichts ändern wird, überrascht es nicht, dass in HarmoS das Wort «Kindergarten» nicht mehr vorkommt. Die Kinder werden verstaatlicht und dürfen nicht mehr Kind sein!

Doch kann HarmoS diese einschneidenden Massnahmen durch ein sozialeres Schulsystem und eine bessere Bildung rechtfertigen? Wir glauben nein!

Senkung des Schulniveaus

Gemäss dem Grundsatz «Separation sei schädlich» wollen die HarmoS-Beamten die Sonderklassen aufheben und durch Sonderförderung der schwächeren Schüler im selben Raum, parallel zum Normalunterricht, ersetzen. Dies führt zwangsläufig dazu, dass der Lehrer von den lernschwachen Schülern überdurchschnittlich gefordert sein wird. Dem Grossteil der Klasse entgeht somit wichtige Betreuungszeit, woraus mit Sicherheit schlechtere Leistungen und ein allgemein tieferes Schulniveau resultieren werden.

Keine Gerechtigkeit mit HarmoS

HarmoS ist sozial ungerecht! Schüler sind Kinder und Kinder können sehr direkt sein. Sie werden merken, dass immer die gleichen Schüler eine Sonderbetreuung brauchen. Hänseleien und Beleidigungen sind die Folge. Auch die Durchschnittsschüler würden durch die Gleichmacherei ungerecht behandelt. Nichts ist frustrierender und ungerechter als die Gleichbehandlung Ungleicher! Sie werden also gleich doppelt bestraft: Sie werden nicht angemessen gefördert und ihre Leistungen führen nicht zur angemessenen Anerkennung.

Der Wert der Erziehung

Die HarmoS-Befürworter werfen uns immer wieder vor, unsere Kinder seien uns zu wenig wert und unser Geiz gehe zu Ungunsten unserer Kinder. Doch wir sind der Meinung, die Erziehung und Ausbildung soll uns nur dann viel kosten, wenn auch die Qualität stimmt! Die Befürworter sollten sich deshalb einmal an der Nase nehmen und sich fragen, wie viel Zeit ihnen ihre Kinder wert sind. Würden sich die HarmoS-Architekten und ihre Anhänger nämlich genug Zeit nehmen für die Erziehung ihrer Kinder, so müsste man unsere Liebsten nicht verstaatlichen und standardisieren.

Deshalb möchten wir die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aufrufen, mit einem klaren Nein am 30. November dafür zu sorgen, dass den Eltern die Erziehung ihrer Kinder anvertraut wird, statt sie durch die Technokraten der EDK entmündigen zu lassen.

Kantonale Abstimmung über das HarmoS-Konkordat am 30. November in Graubünden, St. Gallen, Thurgau und Zürich

Die SVP unterstützt die kantonalen Referenden gegen das Schulkonkordat HarmoS und empfiehlt die entsprechenden Vorlagen zur Ablehnung. Hier finden Sie nochmals eine Übersicht der überparteilichen Komitees und ihrer wichtigsten Argumente:

Kanton Graubünden
(http://www.nein-zu-harmos.ch/graubunden)
- Nein zu 4-jährigen Kleinkindern auf dem Schulweg und im Strassenverkehr
- Nein zu noch mehr Bürokratie und Verwaltungsaufwand
- Nein zu weiteren Schulexperimenten
- **Nein zu HarmoS**

Kanton St. Gallen
(http://www.nein-zu-harmos.ch)
- Nein zur Ausschaltung der Bürger bei der Mitbestimmung über die Volksschule
- Nein zu Eltern, die nicht mehr selber entscheiden dürfen, wann ihr Kind schulreif ist
- Nein zum Zwang zur Teilnahme an Tagesstrukturen
- **Nein zu HarmoS**

Kanton Thurgau
(http://www.nein-zu-harmos.ch/thurgau)
- Nein zur Abschaffung des Kindergartens
- Nein zu immer höheren Bildungskosten
- Nein zur Einführung eines obligatorischen 10. und 11. Schuljahres
- **Nein zu HarmoS**

Kanton Zürich
(http://www.harmos-nein.ch)
- Nein zur Hochdeutschpflicht für Vierjährige
- Nein zur staatlich aufgezwungenen Integration
- Nein zu illusionär-ideologischen Schulmodellen nach dem Lustprinzip und ohne Leistungsförderung
- **Nein zu HarmoS**

MARTIN GUHL

Nationalrat Thomas Hurter, Schaffhausen

Die Integration geht nicht baden

Das Bundesgericht hat am 24. Oktober 2008 entschieden, dass es inskünftig keinen Anspruch mehr auf Dispens vom gemischtgeschlechtlichen Schwimmunterricht aus religiösen Gründen gibt, und damit einen wegweisenden Entscheid zu Gunsten der Gleichberechtigung und Integration gefällt.

Um was geht es? Der Schaffhauser Stadtschulrat hat im November 2006 das Gesuch um Dispensation vom gemischtgeschlechtlichen Schwimmunterricht zweier damals neun resp. elfjährigen muslimischen Knaben abgewiesen, was anschliessend vom Schaffhauser Erziehungsrat und Obergericht bestätigt wurde. Das daraufhin angerufene Bundesgericht hat seine bisherige, zum Teil heftig kritisierte Rechtsprechung aufgegeben und sich gegen die Dispensation vom Schwimmunterricht aus religiösen Gründen ausgesprochen.

Als Mitglied des Schaffhauser Stadtschulrates habe ich mich von jeher für eine vollständige Integration der ausländischen Wohnbevölkerung und gegen Dispensationsgesuche eingesetzt. Die grundlegenden Werte unserer Verfassung wie Gleichheit und Gleichberechtigung sollen für alle gelten. Der Besuch des Grundschulunterrichts ist nicht nur ein verfassungsmässig verbrieftes Recht, sondern auch eine Pflicht und beinhaltet unter anderem, dass die hiesigen Werte und die hiesige Kultur akzeptiert werden. Es darf nicht sein, dass Väter (oder in den selteneren Fällen Mütter) entscheiden, welche Unterrichtsbereiche besucht werden dürfen und welche nicht. Es mag zwar sein, dass zwischen der Religionsfreiheit und der Schulpflicht ein Konflikt entstehen kann. Dieser ist aber so zu lösen, dass den überwiegenden Interessen der Geschlechtergleichstellung und der gesellschaftlichen Ausländerintegration Vorrang gebührt. Dies um so mehr, als das Verbot des gemischtgeschlechtlichen Schwimmunterrichts nicht zu den zentralen, unter Muslimen allgemein anerkannten Forderungen ihres Glaubens gehört. Integration steht vor Separation. Es ist deshalb zu begrüssen, dass das Bundesgericht sein aus dem Jahre 1993 stammendes Urteil überdacht und den heutigen Verhältnissen angepasst hat. Namentlich die starke Zunahme des muslimischen Bevölkerungsanteils seit den Balkankriegen in den neunziger Jahren und die heute in der Schweiz festzustellenden Anzeichen von gesellschaftlicher Desintegration und von Intoleranz zwischen religiösen Gruppen haben eine Neubeurteilung nötig gemacht. Dies hat sogar die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus angeregt. Heute sind Schulklassen kulturell sehr durchmischt, wodurch der Auftrag der Volksschule zu Integration und zur Erziehung zur Gemeinschaftsfähigkeit viel gewichtiger geworden ist. Eine Dispensation vom gemischtgeschlechtlichen Schwimmunterricht ist kontraproduktiv und fördert die Diskriminierung, Stigmatisierung und Ausgrenzung der betroffenen Kinder. Gerade auf der Primarschulstufe ist es wichtig, dass Mädchen und Knaben einen unkomplizierten Umgang miteinander lernen. Es fragt sich auch, wie Eltern, die ihre Kinder vom Schwimmunterricht dispensieren wollen, weil der Anblick spärlich gekleideter Menschen angeblich so stark gegen die religiösen Grundwerte verstösst, ihre Kinder vor der allgemein herrschenden Freizügigkeit im Alltag schützen können.

Ein Umdenken rechtfertigt sich aber auch aus Gründen des Kindeswohls. Die falsche Toleranz hat vor allem Mädchen diskriminiert. Fast ausschliesslich Mädchen wurde es bis anhin verwehrt, mit gleichaltrigen Kindern am Schwimmunterricht teilzunehmen. Ihnen wurde das Recht abgesprochen, wie andere Mädchen ihres Alters ihre Kindheit zu erleben. Die Volksschule soll ein Freiraum bleiben, und dies soll auch für muslimische Kinder gelten. Unsere Schulen werden konfessionell neutral geführt und deshalb gibt es kein Schulangebot, vielleicht mit Ausnahme des Religionsunterrichtes, an dem muslimische Knaben und Mädchen nicht teilnehmen können. Dies gilt übrigens insbesondere für den Sportunterricht. Sofern flankierende Massnahmen hinsichtlich Umkleiden, Duschen und der Schwimmbekleidung vorhanden sind, gibt es keinen Grund mehr, hier weiterhin aus religiösen Gründen eine Separation zu verlangen.

Wer hier leben will, muss unsere demokratischen Werte akzeptieren und verstehen, dass Mädchen und Buben gemeinsam schwimmen lernen. Ein liberaler Staat kann derartig einschränkende religiöse Vorschriften nicht akzeptieren, ohne seine Grundwerte zu verraten. Mit einer Diskriminierung hat das nichts zu tun – im Gegenteil. Die Aufklärung – im politischen Sinn verstanden – ist die Grundlage der Freiheit.

Werbung

Jacqueline Hofer, Dübendorf, Präsidentin der SVP-Frauen Kanton Zürich

30 Jahre Wohlfahrtsstaat Schweden

Stockholm, die strahlende Hauptstadt des Nordens gehört zu den schönsten Metropolen der Welt. Sie präsentiert sich den Besuchern bezaubernd schön, jung und weltoffen. Kupferdächer, die in der Sonne funkeln, goldgelbe Bürgerhäuser, die im klaren nordischen Licht warm leuchten, und prachtvolle Renaissancehäuser, die Reichtum und Wohlstand der Stadt erkennen lassen. Die SVP-Frauen besuchten Stockholm im September 2008, anlässlich ihrer Studienreise zum Thema «30 Jahre Wohlfahrtsstaat Schweden».

Das Ziel der Reise war es, den Modellstaat Schweden besser kennen zu lernen. Insbesondere setzte man sich mit aktuellen Fragen zum Sozial- und Gesundheitswesen, zum Arbeitsmarkt, zur Altersvorsorge und zur Bildung auseinander. Hochkarätige lokale Referenten aus Finanz, Wirtschaft, Bildung und Politik gaben den Teilnehmenden die Möglichkeit, einen vertieften Einblick in das schwedische System zu gewinnen. Die Studienreise bot zudem die ideale Gelegenheit, neue interessante Kontakte zu knüpfen.

Politischer Rückblick und Erkenntnisse der Studienreise

Ende des 19. Jahrhunderts wurde das Fundament für den schwedischen Wohlfahrtsstaat gelegt, der später als politisches Projekt bezeichnet und von der sozialdemokratischen Partei stark vorangetrieben wurde. Bis heute betreibt Schweden eine expansive Wohlfahrtspolitik mit sozialdemokratischer Prägung. Im Prinzip wird der «schwedische Vorzeigestaat» hauptsächlich durch seine Bürgerinnen und Bürger finanziert. Diese können jedoch nur mittelmässige Leistungen des Staates beanspruchen und sind in ihrer Wahlfreiheit stark eingeschränkt. Die vermeintliche soziale Sicherheit wurde zum Preis der totalen Abhängigkeit vom Umverteilungsstaat erworben. 2002 musste eine tiefgreifende Reform des schwedischen Rentensystems durchgeführt werden. Die durchschnittliche Beitragsdauer für die Rentenberechtigung wurde auf einen Schlag von dreissig auf vierzig Jahre heraufgesetzt (Schweiz heute fünfundvierzig Jahre). Diese massive Reform konnte nur erfolgreich sein, weil alle, auch die Sozialdemokraten, bereit waren, den «Sozialstaat» mit einer drastischen Verlängerung der Beitragsdauer zu retten.

Höhepunkte des Aufenthaltes in Stockholm

Neben den politischen Diskussionen stand auch genügend Zeit für die Besichtigung der schwedischen Hauptstadt zur Verfügung. Von den 9 Millionen Einwohnern Schwedens leben etwa 1,8 Millionen in Stockholm und Umgebung. Ein Höhepunkt war die beeindruckende Besichtigung und Führung durch die Räumlichkeiten des Parlamentsgebäudes «Riksdagen». Im modern und hell eingerichteten Plenarsaal im neueren Teil des Gebäudes finden heute die Sitzungen des Einkammerparlaments statt. Während einer eindrücklichen Stadtrundfahrt bewunderten die Reiseteilnehmerinnen und -teilnehmer, es waren ja auch einige Herren mit dabei, den prächtigen Ausblick auf das königliche Schloss, das Nationalmuseum oder Skansen, das erste Freilichtmuseum der Welt.

Beeindruckt vom mittelalterlichen Charme der Altstadt mit den zahlreichen engen Gässchen, besuchten die Teilnehmenden als königlichen Abschluss eines der bedeutendsten Gebäude der Stadt, das im romanischen Stil erbaute Rathaus. Dieses ist das Wahrzeichen von Stockholm und in dessen «Blauem Saal» findet die jährliche Nobelpreis-Verleihung statt.

Ausflug in die Schären und Einladung des Schweizer Botschafters

Das Wasser und die Schiffe sind kennzeichnende Elemente von Stockholm. Der Ausflug in die unvergleichlich schönen Schärengärten, so nennt man die vielen kleinen Inseln an der Küste vor der Stadt, führte die Reisegruppe bei traumhaftem Wetter auf die Insel Grinda. Im Wärdshus wurde sie mit einem traditionell schwedischen Mittsommer-Buffet verwöhnt.

Die Studienreise der SVP-Frauen wurde durch den offiziellen Empfang mit schwedischen Parlamentariern und weiteren Gästen, auf Einladung des Schweizer Botschafters Robert Reich und seiner Gattin, in deren Residenz in Djursholm gekrönt.

Der Ausflug nach Stockholm wird allen Teilnehmenden sicher in guter Erinnerung bleiben. Ich möchte allen danken, die zu dieser eindrücklichen und unvergesslichen Studienreise beigetragen haben.

McCann Erickson
LEHRER
Microsoft®
Your potential. Our passion.™
Martin Mathiuet eignete sich in einem Weiterbildungs-
programm wichtige Computerkenntnisse an. Inspiriert
davon gründete er ein Microsoft Community und
Learning Center in der Surselva, um anderen Menschen
zu ermöglichen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln. So hilft
er und Microsoft, eine alte Sprache und die Kultur zu
erhalten. Lesen sie mehr auf www.aufmeinemweg.ch
SCHÜLER